

Heute ist es 79 Jahre her: Am 27. Januar 1945 befreiten sowjetische Truppen das Vernichtungslager Auschwitz. Was sie dort vorfanden, schockierte selbst die Soldaten, die nun wirklich viel an der Front erlebt hatten: Zu Skeletten abgemagerte Menschen, ein unerträglicher Geruch nach verbranntem Fleisch - das Ende der Menschlichkeit. Der industrielle Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas, die Ermordung der Sinti und Roma, das war drei Jahre zuvor am 20. Januar 1942 in einer Villa am Wannensee geplant worden - nur wenige Kilometer vom jetzt bekannt gewordenen Tatort entfernt.

Unter dem Eindruck der Nazi-Verbrechen wurde in unserem Grundgesetz in Artikel 1 klar formuliert:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ Die Ideologie von der angeblichen Überlegenheit der deutschen Rasse hatte dazu geführt, dass andere als „minderwertig“ oder gar als „Untermenschen“ abgewertet wurden. Deshalb steht im Grundgesetz nicht „Die Würde des Deutschen“ – da steht „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Denn wir Deutschen haben keine Sonderrechte gegenüber anderen Menschen, alle Menschen haben die gleiche Würde. Und diese Würde muss respektiert werden.

Das müsste doch eigentlich nach 75 Jahren Grundgesetz selbstverständlich sein, es müssten doch alle kapiert haben. Doch Rassisten und Nationalisten propagieren weiter die Ungleichwertigkeit von Menschen. Die AfD hat in weiten Teilen bisher versucht, sich nach außen hin von der extremen Rechten, von offen nationalsozialistisch auftretenden Schlägertrupps zu distanzieren. Jetzt ist diese Maske gefallen. Nicht nur das „Schmuddelkind“ Matthias Helferich, der schon im vergangenen Sommer im Bundestag „millionenfache Remigration“ forderte, sondern auch Eugen Schmidt, der für die AfD im Bundestag sitzt und jetzt in Reichshof wohnt, fordert öffentlich „Remigration“.

Wie weit das im Kern der AfD steckt, machte am Mittwoch der AfD-Abgeordnete Markus Wagner im NRW-Landtag deutlich: Er erklärte zwar: „Die AfD in NRW ist natürlich nicht rechtsextrem.“ Bezogen auf die Deportationspläne des Potsdamer Treffens formulierte er für – wie er sich ausdrückte – „ausländischstämmige Freunde“: „Keiner von euch, die hier rechtstreu und assimiliert mit uns zusammenleben, die einen deutschen Pass haben, wird durch die AfD deportiert oder vertrieben.“

Moment! Ich weiß nicht, ob der Herr Wagner Kenntnisse in Aussagenlogik hat, aber dieser Satz bedeutet logisch nichts anderes als: „Alle, die nicht rechtstreu sind oder nicht assimiliert sind oder die keinen deutschen Pass haben, laufen Gefahr, durch die AfD deportiert oder vertrieben zu werden.“ Das ist genau das, was der in Potsdam verkündete „Masterplan“ vorsieht: Zunächst einmal sollen Geflüchtete vertrieben werden, dann andere Ausländerinnen und Ausländer und schließlich "nicht assimilierte Staatsbürger". Das kann alle treffen, die der AfD und ihren Kumpanen nicht passen. Wenn ein Mensch multinationale Wurzeln hat, wenn ein Mensch der „falschen“ Religion angehört, wenn ein Mensch ein zu schrilles Outfit trägt – all das kann mit „nicht assimiliert“ gemeint sein. Möglicherweise entscheidet dann irgendein AfD-Blockwart darüber, wer "rechtstreu" und „assimiliert“ ist und wer nicht, wer deportiert werden soll und wer nicht. Dazu bekennt Herr Wagner sich öffentlich! Das soll nicht rechtsextrem sein? Das ist rassistisch und menschenverachtend, das ist gegen die Grundpfeiler unserer Verfassung gerichtet, das ist ganz klar rechtsextrem!

Wir dürfen so etwas nicht zulassen! Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt gemeinsam hier stehen. Jetzt, bevor die neuen Nazis wieder die Möglichkeit haben, Menschen abzuholen, um

sie zu deportieren. Dass wir gemeinsam unsere Demokratie und unser Grundgesetz verteidigen.

1933 haben die Menschen nicht gewusst, was es bedeutet, wenn man der extremen Rechten die Macht überlässt. Heute wissen wir es. Und deshalb gibt es keine Entschuldigung, nichts zu tun. Vor uns liegt eine harte, anstrengende Zeit im Wahljahr 2024 und erst recht 2025. Wir müssen da durch. Das geht nur gemeinsam! Natürlich sollen und müssen die demokratischen Parteien um den richtigen Weg, um die richtige Politik streiten. Doch niemals darf eine Partei in den Irrtum verfallen, man könne Wählerinnen und Wähler von den Rechten zurückholen, wenn man die Parolen und die Forderungen der Rechten übernimmt. So etwas adelt die rechte Hetze, erhebt sie in den Rang des Sagbaren und Diskussionswürdigen. Konkret: Wer das Gerede von einer „Migrationskrise“ übernimmt, der nimmt den Menschen, die vor Krieg und Unterdrückung fliehen müssen, die Würde, indem er sie als Ursache einer Krise bezeichnet und sie verantwortlich macht für die Probleme in unserem Land, zum Beispiel bei der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum. Natürlich hätten wir mehr Wohnungen, wenn alle Migranten vertrieben würden. Aber das hätten wir auch, wenn wir alle Opel-Fahrer vertreiben würden. Oder alle Blauäugigen. Oder alle mit Schuhgröße 43. Das alles wäre gleich unlogisch und unmenschlich.

Allen muss spätestens jetzt klar sein, dass die AfD außerhalb der Werte unseres Grundgesetzes steht, dass niemand, der auch nur einen Funken Anstand hat, mit ihr zusammenarbeiten oder sie wählen kann.

Marlene Dietrich hat einmal gesagt: "Ich bin aus Anstand Antifaschistin geworden". Lasst uns in diesem Sinne gemeinsam den Anstand haben, gegen das faschistische Gedankengut, gegen Hass und Hetze anzugehen. Wir brauchen einen langen Atem. Aber ich zähle auf euch!